



Malawi 2025

Republik Malawi

Die Ernährungsunsicherheit nahm zu, während Medikamentenengpässe und ein Ausbruch von Mpox zu einer Gesundheitskrise führten. Der zivilgesellschaftliche Handlungsspielraum blieb eingeschränkt. Die Diskriminierung lesbischer, schwuler, bisexueller, trans und intergeschlechtlicher Menschen (LGBTI+) hielt an. Zwei Polizeibeamte wurden wegen Folter an einem Inhaftierten verurteilt. Geschlechtsspezifische Gewalt war weit verbreitet, auch gegenüber weiblichen Flüchtlingen.

Hintergrund

Das Ministerium für Katastrophenschutz teilte im Februar mit, dass während der Regenzeit 2024/25 etwa 160.000 Menschen von Extremwetter betroffen waren, wodurch rund 644 Familien vertrieben wurden und etwa 35 Menschen starben. Das Ministerium entwickelte weiterhin Initiativen zur Bewältigung klimabedingter Krisen, darunter verbesserte Frühwarnsysteme.

Recht auf Nahrung

Laut der Organisation *Famine Early Warning Systems Network* waren die südlichen Distrikte aufgrund schlechter Ernten und unterdurchschnittlicher Kaufkraft von einer kritischen Ernährungsunsicherheit betroffen. Eine Untersuchung des Nationalen Statistikamtes und des Ministeriums für Ernährung ergab, dass die Unterernährungsraten stark von 4,4 Prozent auf 7,1 Prozent angestiegen waren, obwohl die Regierung seit September 2024 gefährdeten Gruppen *Super Cereal Plus*, ein angereichertes Nahrungsergänzungsmittel, zur Verfügung stellte.

Recht auf Gesundheit

Kürzungen der internationalen Hilfe führten zu einem kritischen Mangel an Medikamenten für die Tuberkulosebehandlung, nur wenige Monate nachdem die Weltgesundheitsorganisation einen Rückgang der Fälle um 40 Prozent und eine Verringerung der Todesfälle gemeldet hatte. Im September waren die Vorräte gefährlich niedrig.

Im September meldete die Regierungsorganisation *Public Health Institute of Malawi* 118 Mpox-Fälle und einen damit verbundenen Todesfall nach einem Ausbruch im April, von dem 12 Distrikte betroffen waren. Das Institut bewältigte den Ausbruch erfolgreich mithilfe eines sektorübergreifenden Ansatzes.



Freiheit der friedlichen Versammlung

Im Juni wurden in der Hauptstadt Lilongwe Demonstrant*innen bei einer friedlichen Kundgebung gegen die Vorgehensweise der Wahlkommission bei den bevorstehenden Wahlen von unbekannten bewaffneten Männern angegriffen, die vermutlich der damals regierenden *Malawi Congress Party* angehörten. Mehrere Menschen wurden verletzt, und die Sicherheitskräfte griffen nicht ein, als ein Aktivist Berichten zufolge geschlagen wurde.

Diskriminierung

Die Fertigstellung des nationalen Aktionsplans der Regierung für 2022 zum Schutz und zur Förderung der Rechte von Menschen mit Albinismus verzögerte sich aufgrund von Finanzierungsengpässen.

Im April hob eine Stellungnahme lokaler und internationaler NGOs im Rahmen des *Universal Periodic Reviews* (UPR) des UN-Menschenrechtsrates Diskriminierung und Folter lesbischer, schwuler, bisexueller, trans und intergeschlechtlicher Menschen (LGBTI+) hervor und stellte Muster von Gewalt, Einschüchterung, Nötigung und Schikane durch Strafverfolgungsbeamt*innen fest.

Folter und andere Misshandlungen

Zwei Polizeibeamte wurden im April vom Amtsgericht Mulanje wegen schwerer Körperverletzung und Pflichtverletzung im Zusammenhang mit der Folter eines 13-jährigen Jungen in Polizeigewahrsam im Jahr 2024 verurteilt, die Berichten zufolge zur Amputation seiner Arme geführt hatte. Sie wurden zu 10 Jahren Haft verurteilt.

Sexualisierte und geschlechtsspezifische Gewalt

Im Juni enthüllte ein Bericht der Stiftung *Clooney Foundation for Justice*, dass 27 von 63 Frauen, die wegen schwerer Gewaltdelikte inhaftiert waren, sich zum Zeitpunkt ihrer mutmaßlichen Straftaten gegen geschlechtsspezifische Gewalt verteidigt hatten.

Am 28. Oktober stärkte der Oberste Gerichtshof von Malawi die Rechte von Mädchen, die sexualisierte Gewalt überlebt hatten, und bestätigte ihr Recht auf Zugang zu einem Schwangerschaftsabbruch. Das Gesundheitsministerium wurde angewiesen, klare Richtlinien für Gesundheitsdienstleistende zu erlassen, um Mädchen auf Nachfrage Zugang zu legalen Schwangerschaftsabbrüchen zu gewähren.

Rechte von Flüchtlingen und Migrant*innen

Das Flüchtlingslager Dzaleka, das Platz für 12.000 Menschen bietet, beherbergte schätzungsweise über 50.000 Flüchtlinge. Im September berichtete die Zeitung *The Guardian* über eine Zunahme geschlechtsspezifischer Gewalt gegen weibliche Flüchtlinge im Lager, von denen viele aufgrund ihrer Notlage zur Sexarbeit gezwungen wurden.